

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abozinsatzpreis monatlich 1,50 Mk.; vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Zeit bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranlagungsanzeigen Kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Werbeanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Thudy; Druck: H. Hanzenbach & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bremen, Wiesenhäuser Str. 39—42. Teleph.-Nr. 93, 98 u. 204. Telegr.-Adr.: Alsterbank Bremen.

Schiedsspruch oder Vereinbarung? Urbstimmung soll am 24. April entscheiden.

Die Revierkonferenz unseres Verbandes hat am 13. März den zwei Tage vorher in Dortmund gefallenen Schiedsspruch abgelehnt und die Verbandsleitung beauftragt, neue Verhandlungen zu eröffnen. Am selben Tage sprach sich die Revierkonferenz des christlichen Gewerbevereins für den Schiedsspruch aus, ebenso die Vertretung der polnischen Berufsbereinigung. Alleine und verhielten sich der H.D. Gewerbeverein der Bergleute, die Bechenmetallarbeiter (freie Gewerkschaft und christlicher Gewerbeverein) und der Centralverband der Maschinen- und Heizer.

So stand dem Unternehmertum keine geschlossene Front der Gewerkschaften gegenüber. Wir sind der Überzeugung, dass wäre vermieden worden, wenn vor den Revierkonferenzen eine Sitzung aller Organisationsvorsstände stattfand. Dort könnten die Meinungen über die sozialpolitische Bedeutung und die Durchführmöglichkeit des Schiedsspruchs geklärt werden. Daß die Meinungen hierüber auseinandergehen, haben die späteren Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium und den Werksvertretern allen Teilnehmern klar gemacht.

Die neuen Verhandlungen begannen am 5. April durch eine Ausprache mit dem Bechenverband in Essen; sie verlief ohne Verständigung. Am 7. April fanden im Reichsarbeitsministerium erneute Verhandlungen statt. Hier kam es in der Überstundenfrage zu einer vorläufigen Vereinbarung, aber die Werksvertreter wollten nur eine neue Kohlenpreiserhöhung nicht über 4,50 Mk. pro Schicht Lohnzulage hinausgehen. Wieder wurden die Verhandlungen abgebrochen. Ihre Fortsetzung war am 12. und 13. April in Essen mit Einziehung der Angestellten verhindert. Die Verhandlungen zogen sich stundenlang resultlos hin; noch niemals waren sie so schwierig wie diesmal. Endlich kam es zu den Vereinbarungen, die wir unten veröffentlichten. Aber in allen Stadien der Verhandlungen haben unsere Verbandsvertreter erklärt, was auch vorgeschlagen und vereinbart wurde, die Entscheidung treffen die Delegierten unserer Mitglieder in der Revierkonferenz. Der Bergarbeiterverband sei eine demokratische Organisation, seine Delegierten seien keine Diktatoren, sondern Beauftragte der Mitgliedschaft! Gegen diesen selbstverständlichen Standpunkt kann nichts eingewendet werden.

Wir werden nun den Wortlaut des Schiedsspruchs und der Vereinbarungen wiedergeben. Um unsere Kameraden klar sehen zu lassen, werden wir beide Dokumente nach den Erfahrungen in den Verhandlungen erläutern.

Der Schiedsspruch vom 11. März.

1. Vom 14. März 1921 wird an 4 Tagen in der Woche an die Siebenstundendicke je 1 Stunde Überarbeit angewünscht, wofür ein Lohnzuschlag von 100 Prozent gewährt wird.

(Protokollarische Anmerkung: Hierbei wird vorausgesetzt, daß ein Gesetzesvorschlag die Befreiung der siebenstündigen Arbeitsschicht im Steinkohlenbergbau unter Tage bis zum 15. April 1921 bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebbracht wird. Zum Zwecke des allmählichen Überganges der Überarbeit, die nur als Notbeherrschung in der gegenwärtig überaus schwierigen Lage Deutschlands zu betrachten ist, ist sowohl von Behörden, als auch von den Arbeitgebern volle Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten technischer Verbesserungen ebenso wie auf die Verminderung der Zahl der Hauer zu verwenden.)

2. In Verbindung damit werden folgende Lohnzuschläge je Schicht für alle Arbeiter unter und über Tage gewährt:

8 Mk. für alle über 20jährigen,

6 Mk. für 18- bis 20jährige,

4 Mk. für alle 16- bis 18jährigen,

3 Mk. für alle 14- bis 16jährigen Arbeiter.

3. Den Parteien wird empfohlen, dahin zu wirken, daß der vom Reichskohlenverband durch Beschluss vom 30. Dezember 1919 zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter festgesetzte Zuschlag von 2 Mk. für die Tonne abgezogene Kohle den Arbeitern in bar zur Verfügung gestellt wird.

4. Für die 4 Überstunden wöchentlich wird nach den besonderen, mit der Reichsregierung zu treffenden Abmachungen ein Verbesserungszuschlag zum Bezug von 250 Gramm Brot, außerdem für die an der Überarbeit unter Tage beteiligten Arbeiter eine Brotzulage von 375 Gramm gewährt.

5. Dieses Abkommen kann vom 15. Mai 1921 von jeder Partei mit einer Frist von 14 Tagen zum 1. und 15. jeden Monats gekündigt werden.

Erläuterung: Wenn der Schiedsspruch gekündigt ist, fallen auch die Lohnzulagen fort. Diese Bindung haben wir im Ruhrbergbau noch nicht gehabt. Daß die Lohnzulagen sofort fortfallen, wenn keine Überstunden mehr gemacht werden, ist auf unsere direkte Frage vom Arbeitsministerium und von den Werksvertretern ausdrücklich bestätigt worden.

Die Unternehmer erklärten aber ferner mit aller Bestimmtheit, sie würden die im Schiedsspruch genannten Hauer nicht abschaffen! Das könnte der Bergbau ohne eine neue Kohlenpreiserhöhung nicht tragen. Auf die Frage unseres Verbandsvorsitzenden Husemann, was dann geschehen sollte, wenn die Arbeiter den Schiedsspruch anerkannten und dann die Werksbesitzer die Lohnzahlung verweigerten, gab der Vertreter des Arbeitsministeriums die Antwort: „Dann müssen die Arbeiter klagen!“ Die Unternehmer blieben bei ihrer Erklärung, daß sie die Schiedsspruchslöhne nicht zahlt ohne neue Kohlenpreiserhöhung. Die Regierung aber lehnt weitere Preiserhöhungen mit Rücksicht auf die verschlechte Wirtschaftslage ab.

Der Schiedsspruch kann am 15. Mai gekündigt werden. Regierungs- und Unternehmervertreter sagt: „Die Überstunden seien auf längere Dauer notwendig wie es in Deutsch-

land noch nicht beseitigten Kohlenmangels, weil die Entente uns monatlich nun noch mehr als 2 Millionen Tonnen bestellt Kohle abnehmen. Nach einem Vorschlag der Unternehmer müßte man noch für 24 Monate mit Überstunden rechnen. Infolgedessen könne am 16. Mai nicht gekündigt werden. Über den Kündigungstag würde danach ein neuer Streit entstehen, zumal nach dem Schiedsspruch die Lohnzulagen fortfallen, sobald keine Überstunden mehr verfahren werden. Der Schiedsspruch gibt also nicht einmal eine Garantie für die Lohnzähmung, erschwert aber die Abwicklung der Überstunden ganz außerordentlich.“

Ergebnis der Verhandlungen über Lohn und Überstunden.

Die Verbandszeichen werden unter der Voraussetzung, daß ab d. J. die Vertragsüberstunden nach dem heutigen darüber abgeschlossenen Abkommen verfahren werden, ab folgende Lohnzulagen eintreten lassen:

1. Für Gedingearbeiter unter Tage von 5,50 Mk. je Schicht gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gedinge-arbeiter der einzelnen Schachtanlage vom Oktober 1920.

2. Für Schichtlöhner über 20 Jahre unter Tage 8 Mk. je Schicht, über Tage 1 Mk. je Stunde.

3. Für die 18 und 19 Jahre alten Schichtlöhner unter Tage 4,50 Mk. je Schicht, über Tage 4,50 Mk. je Schicht.

4. Für die 16 und 17 Jahre alten Schichtlöhner unter Tage 2,50 Mk. je Schicht, über Tage 2,50 Mk. je Schicht.

5. Für die 14 und 15 Jahre alten Schichtlöhner 1,50 Mk. je Schicht.

Für die Gedingearbeiter wird der Grundlohn auf 27 Mk. erhöht. Die Untertagezulage von 3 Mk. bleibt daneben bestehen, dagegen werden die bisherigen Zulagen von 4,50 Mk. und 2 Mk. bez. 1 Mk. je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgegolten sind, im Gedinge verrechnet.

Zwischen den unterzeichneten Verbänden ist heute folgendes vereinbart worden:

1. In der Zeit vom bis 16. Juli d. J. einschließlich werden von der Untergewerbelegenschaft wöchentlich 2 mal 2 Überstunden verfahren. Vom 17. Juli bis einschließlich 13. August werden Vertragsüberstunden nicht verfahren.

Vom 14. August bis 30. November werden wöchentlich 3 mal 1 Überstunde.

vom 1. Dezember bis 31. Januar 1922 werden wöchentlich 2 mal 1 und 1 mal ½ Überstunde,

vom 1. Februar bis 31. März 1922 werden wöchentlich 2 mal 1 Überstunde

versfahren.

Diese Überstunden werden sämtlich an regelmäßige Förderstunden angehängt.

2. Für die versprochenen Vertragsüberstunden erhalten die unter Tage beschäftigten Arbeiter anstatt des tarifmäßigen Zuschlages von 25 Prozent einen solchen von 100 Prozent. Soweit an diesen Vertragsüberstunden Übertragearbeiter und Angestellte beteiligt werden müssen, erhalten sie an Stelle des tarifmäßigen Lohnzuschlages von 25 Prozent einen solchen von 50 Prozent.

3. Die Zuweisung verbilligter Lebensmittel für das Verfahren der tariflichen Überstunden regelt sich laut Anlage.

4. Sofern die wirtschaftlichen Voraussetzungen dieses Abkommens nicht mehr vorliegen, sollen die Vertragsüberstunden schon vor Ablauf des Abkommens eingestellt werden, nachdem darüber zwischen den Vertragsabschließenden Einverständnis hergestellt ist. Für einzelne Schachtanlagen sind unter gleicher Voraussetzung Unterbrechungen von kürzerer Dauer zwischen Betriebsverwaltung und Betriebsrat zu regeln unter Benachrichtigung der Bezirkssorgergemeinschaft.

5. Dieses Abkommen gilt für alle Betriebsmitglieder und für alle Belegschaften.

Erläuterung: Nach diesen Vorschlägen wird die Lohnzulage als ein Teil des Tariffs behandelt. Bisher galten als Grundlohn für die Hauer die im November 1919 vereinbarten. Darauf wurden die Zulagen und die Gedingebehandlungen gezahlt. Nach dem jetzigen Vorschlag soll der Lohn von Oktober 1920 zur Berechnungsgrundlage dienen. Dieser Lohn ist durchschnittlich 3 Mark höher pro Hauerschicht wie der vom Oktober 1919. Das bietet auch eine größere Sicherheit gegen Lohnabdruck. Der Grundlohn wird um durchschnittlich 3 Mark hinaufgesetzt. Dazu kommt der neue Zuschlag von 5,50 Mk. pro Hauerschicht. Alle Schichtlöhner über 20 Jahre erhalten pro Schicht 8 Mark mehr. Es ist eine alte Forderung, den großen Unterschied zwischen Schicht- und Gedingelohn zu verringern.

Wenn nun gesagt wird, daß im Schiedsspruch für einzelne Arbeitergruppen mehr Lohn zugesagt sei, so ist doch nicht zu vergessen, daß die Werksbesitzer die Schiedsspruchslöhne nicht ohne Kohlenpreiserhöhung zahlen! Auch die Bergleute haben kein Interesse an noch höheren Kohlenpreisen, denn man geht ohnehin gegen die Bergleute, sie tragen die Kohlenpreise hoch; und jede Kohlenpreiserhöhung erhöht auch die Lebenskosten der Bergleute. Dadurch sind manche Lohnzulagen wirtschaftlich wertlos geworden. Nur durch einen Abbau der Preise wird auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gesundet.

Die Hauptfahne aber ist, daß die nun angebotene Lohnzulage auch weiter gezahlt wird, wenn keine Überstunden mehr verfahren werden. Das ist der Vorteil gegenüber dem Schiedsspruch. Außerdem soll die angebotene Lohnzulage ohne Kohlenpreiserhöhung ge-

zahlt werden! Dieser wirtschaftliche Vorteil fällt schwer ins Gewicht.

Die in den Verhandlungen vereinbarten Überstunden hören nach den festgelegten Fristen von selbst auf, sie brauchen also nicht gekündigt zu werden! Dadurch wäre auch diese Bindung durch den Schiedsspruch beseitigt.

In unseren Tarifverträgen sind Überstunden oder Überstunden nach freier Vereinbarung vorgelebt. Diese Tarife sind von unseren Revierkonferenzen und Generalversammlungen gutgeheissen worden. Der einstimmige Besluß unserer Berliner Konferenz vom 15. Januar 1921 verpflichtet uns zum „Abbau der Überstunden“, nicht zur sofortigen Beseitigung aller Überstunden. Dieser Besluß haben die Verbandsvertreter entsprechend. Die Werksbesitzer wollen die Überstunden auf einen Zeitraum von 24 Monaten ausdehnen. In den Verhandlungen gelang es, den vollständigen Abbau der Überstunden innerhalb 10 bzw. 8 Monaten, dazwischen ein Monat Pause, zu vereinbaren und zwar ohne Kündigung! Im Schiedsspruch sind wöchentlich 4 mal 1 Überstunde, die nur infolge Kündigung fortfallen, wozu der Lohnzuschlag auch fortfällt, festgelegt. Nach der Vereinbarung zunächst 2 mal 2, dann erst ab 14. August nur 3 mal 1 Stunde, in den letzten Monaten soll nur noch zweimal 1 Überstunde wöchentlich verfahren werden. Die große Verbesserung gegenüber dem Schiedsspruch ist unverfehlbar.

Viele Kameraden sagen, es seien „Kohlen genug“ da. Die Regierung erklärt, die Zwangslieferungen an die Entente verursachen immer noch Kohlenmangel in Deutschland, der sofortige Fortfall aller Überstunden sei wirtschaftlich noch nicht zu ertragen. Auch da ist in der Vereinbarung ein Ausweg gefunden. Nach Ziffer 4 der Überstundenvereinbarung sollen die Vertragsüberstunden auch schon vor Ablauf des Abkommens fortfallen, wenn die Kohlenmangelsfrage nachlässt. Das ist z. B. sehr wichtig für Betriebe mit minderwertiger Kohle. Diese Kohlen werden schon nicht mehr so wie früher verlangt. Der größte Mangel besteht an Qualitätskohlen (für Hütten, Eisenbahnen usw.), weil davon die Entente den Lohnanteil nimmt. Sollte sich herausstellen, daß gewisse Betriebe ohne Überstunden die Kohlenmangelsfrage befriedigen können, dann werden die Überstunden eingestellt. Über die Lohnzulage bleiben dann einer berechtigten Forderung der Belegschaft Rechnung getragen.

Das ist das Resultat der neuen Verhandlungen. Es ist sicherlich nicht als Ideal zu bezeichnen, sondern enthält auch Mängel. Nun haben unsere Kameraden Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die Verbandsvertreter keine „Kapitalistenfreunde“ sind, sondern nur die Interessen der Bergarbeiter und der Volksgesamtheit fördern wollen.

Revierkonferenz für das Ruhrrevier

Am 17. April tagte in Essen im „Nordparksaal“ eine von über 950 Delegierten und Betriebsratsabgeordneten des Bergarbeiterverbandes, der in der Bergbauindustrie beschäftigten Mitglieder des Metallarbeiter-, des Maschinen- und Heizerverbandes und der anderen freien Gewerkschaften beschaffte Revierkonferenz für das Ruhrrevier. Der Werkmeisterverband, der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Verband der Fördemaschinisten waren ebenfalls vertreten. Unter Verbandsvorsitzender Husemann eröffnete und leitete die Verhandlungen, die über fünf Stunden dauerten. Die Kameraden August Schmidt und Otto Husemann erstatteten Bericht über die allgemeine Lage und die Verhandlungen mit den Regierungsvertretern und Werksbesitzern. Alle Organisationen beteiligten sich an der Aussprache. Einstimmig wurde beschlossen, daß eine Urbstimmung am 24. April über das freie Überstundenvergütung am 24. April erfolgen solle. Alle Diskussionsredner erklärten, eine Urbstimmung über den Schiedsspruch sei überflüssig, weil feststeht, daß eine erdrückende Mehrheit denselben doch ablehne. Es wurde fast einstimmig abgelehnt, die Urbstimmung auch auf den Schiedsspruch auszudehnen. Von den Delegierten aus den Bezirken Oberhausen-Düsseldorf und Mönchengladbach wurde folgendes Vertrauensvotum beantragt:

Die Konferenz ist der Überzeugung, daß ihre Vertreter bei den Lohn- und Überstundenverhandlungen nichts das Beste für die Bergarbeiter erstreben und spricht diesen Kameraden ihr volles Vertrauen aus.“

Dieses Vertrauensvotum wurde einstimmig angenommen. Zwei Anträge, die weitergehende Forderungen, darunter auch parteipolitischer Natur enthielten, wurden fast einstimmig gegen 10–12 Stimmen nicht zur Aussprache zugelassen.

Die Verhandlungen verliefen sehr ruhig und waren von großer Sachlichkeit getragen. Aus allen Reden ergab sich besonders die tiefe Abneigung der Bergarbeiter gegen die Überarbeit. Zum ersten Male haben Angestellte, Beamte und Arbeiter gemeinsam getagt. Hoffentlich ist diese gemeinsame Tagung ein gutes Omen für die Zukunft.

Verbandsmitglieder!

Die von der Revierkonferenz beschlossene Urbstimmung findet am

Sonntag, den 24. April,

von 2 bis 6 Uhr nachmittags in den Wahlkabinen statt, in denen am 10. April die Wahlen zur Generalversammlung stattfinden. Im Bezirk Mönchengladbach und im Wahlbezirk Nr. 20 findet die Urbstimmung und die Wahlen zur Generalversammlung zugleich statt. Es müssen in diesem Falle aber zwei Wahlurnen aufgestellt werden. Die Wahlurnen vom 10. April haben die Wahlen im Sinne unserer Wahlordnung zu leiten.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften (Metallarbeiter, Heizer und Maschinen, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Soldarbeiter usw.), die im Ruhrbergbau beschäftigt sind, nehmen an unserer Urbstimmung teil. An der Urbstimmung müssen alle Mitglieder der freien Gewerkschaften der Arbeiter teilnehmen, die im Bergbau beschäftigt sind und sich durch Wahlteilnahme ausweisen können. Unsere Verbandsmitglieder müssen sich alle an der Urbstimmung beteiligen.

Der Riesenkampf in Großbritannien.

Nach Ablauf der zweiten Kampfwoche standen sich die kämpfenden Parteien noch immer geschlossen gegenüber. Die Bergleute wollen und können die ihnen zugesetzten Lohnabzüge nicht erkennen. Sie sind bereit, über ein neues Lohnabkommen mit etwas geringeren Löhnen als denen vom März zu verhandeln und fordern die Bildung einer Ausgleichskasse für den ganzen Bergbau, aus der durch Entnahmen der Ausbeutetechen die mit Verlust arbeitenden Gruben unterstützt werden. Die Staatskasse soll eventuell nötige Zusätze leisten, bis die Krise überwunden ist. Gegen diese Vorschläge sträuben sich noch immer die Regierung und die Werksbesitzer. Sie wollen „freie Wirtschaft“ auf Kosten der Bergleute, in der Ausgleichskasse erblicken die Kapitalisten die Fortsetzung der staatlichen Bergbaukontrolle und den Übergang zur Nationalisierung (Sozialisierung). Der gewaltige Kampf hat sich immer mehr zugespitzt zu einer Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer privatkapitalistischen Freiheit und den Vertretern des Gedankens der vom Staat kontrollierten Gemeinwirtschaft.

Welche starken Lohnkürzungen unseren Kameraden zugemutet werden, geht aus folgender Aufstellung der wöchentlichen Durchschnittsverdienste hervor:

	Im März gezahlte Löhne	Lohnangebot für April
Cheshire	100 Schilling 10 Pence	77 Schilling 11 Pence
Northumbria	95 4	67 4½
Durham	92 7	65 1
Gloucestershire	97 2	57 9
Suffolkshire	100 10	100 9
West-Horshire	92 7	76 8
Nottinghamshire	90 9	69 9½
Midlands	97 7½	84 9½
South-Derby	90 3½	82 1½
Leicester	88 5	82 10
Ridder-Stafford	78 10	54 6½
Warwickshire	89 10	77 —
Cumberland	95 4	51 9½
Forest of Dean	80 2½	44 11
Somerset	79 9	46 8½

Diese enormen Lohnabzüge sind unannehmbar, denn sie finden in der Preislage auf den Lebensmittelmarkten keine Stütze. Das in einigen Distrikten geringere, in Yorkshire fast gar keine Lohnabzüge angeboten sind, bewirken die Bergleute als den taktischen Versuch, jetzt ihre Front zu zerreißen, und reagieren entsprechend. Die Hoffnung auf die Aufnahme der Arbeit in den begünstigten Distrikten war trügerisch, auch in Yorkshire, Midland und Derby sind die Belegschaften am 1. April nicht zu den Gruben gegangen. Von den fast 1 200 000 Bergarbeitern aller Kategorien, die in Großbritannien im März in den Belegschaftslisten geführt wurden, hat nur ein unerheblicher Teil (u. a. die Belegschaft einer Grube in Yorkshire, die der Großraumtausgesellschaft britischer Konsumgenossenschaften gehört, die keine Lohnabzüge anbot) die Arbeit am 1. April fortgesetzt.

Schon im Februar wurden die Vertragslöhne im Anschluß an den sinkenden Kohlenexport und den Preisfall um durchschnittlich 1½ Schilling pro Tag herabgesetzt. Einem unternehmerfreundlichen Auftakt in der „Times“ entnahmen wir, daß der Durchschnittslohn der britischen Bergleute im Jahre 1913 rund 82 Pfund Sterling (ungefähr 1650 deutsche Mark nach ihrem Friedenskurs) betrug und sich 1920 auf 223 Pfund Sterling (etwa 4480 Mark) stellte. Die Lohnherhöhung beträgt also nur 172 Prozent. Sie ist hinter der Steigerung der Kleinhandelspreise für Lebensbedürfnisse zurückgeblieben, auch wenn man die „wirtschaftlichen Hilfen“ (Deputatlohn, in manchen Fällen auch freie Werkwohnung) durchrechnet. Die Bergarbeiter bestreiten nicht, daß wohl die meisten Bergwerke im Jahre 1921 mit Zubau arbeiten, da der Verband und die Preise in einer außerordentlich starken Weise gesunken sind. Die den Wiederaufbau Europas in außerordentlicher Weise lärmenden „Friedenserträg“ und die „Sanktionen“ sind die Hauptursache des eingetretenen „Kohlenüberschlusses“, der nicht bestehen würde, wenn das Wirtschaftsleben sich ungehindert von nationalistischen und militärischen Bedrohungen enthalten könnte. Tatsächlich haben die vier hauptsächlichsten europäischen Bergwerksstaaten 1920 noch immer 115 Millionen Tonnen Steinkohlen weniger gefordert als 1913. Es kann also kein wirklicher „Kohlenüberschub“ herrschen, in Deutschland kann davon erst recht keine Rede sein. Die britischen Bergleute klagen die Politik ihrer Regierung an, sie habe durch die Diktate von Versailles und Spodz die Wirtschaftskrise verschuldet und sei zur Abhilfe verpflichtet.

Immer neue Meldungen über neue Verhandlungen zwischen den Standsparteien ließen im Laufe der Woche ein, immer wieder zerstören sich die Einigungsversuche. Die Organisationen der Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen für den 12. April den Solidaritätsstreik, verlängerten aber die Frist bis zum 15., als eine neue Aussicht auf Streikbeilegung eröffnet wurde. Am 16. kam die Meldung, der Solidaritätsstreik sei abermals aufgehoben, weil neue Einigungsverhandlungen zwischen Bergarbeitern, Regierung und Betriebsbezirken eingeleitet seien. Wie sie verlaufen sind, ist uns zurzeit unbekannt. Sogenannte „Revolutionäre“, die mit überradikalen Phrasen herumtun und in Flugblättern ohne Unterdrift zum „Kampf bis aufs Messer“ auffordern — sich aber selbst vor dem Kampf drücken! — können unverantwortlich die Leiter des britischen Dreibandes der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter jämmerlich machen, weil sie sich bemühen, ohne Stilllegung des ganzen Wirtschaftslebens zu einem unannehbaren Abschluß des Riesenkampfes der Millionen Bergarbeiter zu kommen. Wer aber auch nur daran denkt, daß die gewaltige Masse des Volkes aus nichtsbehindern Declaratorie besteht, die von dem Stillstand des ganzen Wirtschaftslebens am unmittelbaren geprägt werden, der wird die Männer verstehen, die alles aufwenden, um das Neuerste zu erhalten. Das tun die Leiter des Dreibandes. Die Miners Federation hat ihre Mitglieder angewiesen, die Rotfrontarbeiter zu vertreiben, damit nach Beendigung des Kampfes möglichst wenig Bergarbeiter beschäftigungsfrei sind. Auch weil die Bergarbeiter die Sozialisierung der Gruben wollen, können sie kein Interesse an ihrer Verböfung haben.

Wir hoffen auf eine baldige Beendigung des riesigen Kampfes zugunsten unserer Kameraden.

„Syndikalismus“ gegen „Bolschismus“.

Die unter dem Namen „Syndikalismus“ bekannt gewordene, aus den romanischen Ländern stammende Gruppe in der Arbeiterorganisationbewegung lehnt jeden Zusammenhang mit einer politisch-parlamentarischen Partei ab. Der Syndikalismus ist also parteipolitisch neutral. Das ist kein gewalttätiger Fehler. Aber der Syndikalismus schüttet das Kind mit dem Bade aus, indem er seinen Anhängern die Teilnahme an den politischen Wahlen und an der aktiven parlamentarischen Tätigkeit untersagt. Das dies, zum einen gewalttätigen Standpunkt aus betrachtet, ein schwerer Fehler ist, bedarf keines Beweises. Auch die syndikalistische Ausfassung, die Sozialisierung eines Gewerbevertrages sei mit die

Anglegenheit der in diesem Gewerbe Beschäftigten — „die Bergwerke den Bergleuten“ —, teilen wir nicht. Die Sozialisierung ist eine Anglegenheit des ganzen Volkes. Syndikalistische Sozialisierung wäre Isolierung der betreffenden Berufsgruppe, zeitigte kein Gemeinschaftsgefühl, sondern einen zerstreuenden Gruppenegoismus.

Unser Verband ist als Organisation parteipolitisch unab- hängig, steht deshalb den Fraktionen aller parteipolitischen Richtungen offen. Über er erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie sich außerhalb des Verbands auch partei- politisch so betätigen, daß die gewerkschaftlichen Befreiungen und Errungenchaften nicht durch eine gewerkschaftsfeindliche Parlamentswirkung sabotiert werden.

Die Syndikalisten greifen unseren Verband fortwährend schwarz an. Sie sind also sicherlich keine Freunde des Bergarbeiterverbands. Um so wichtiger sind darum die schweren Anklagen, die der „Syndikalist“ (Nr. 13) in einem großen Leitartikel gegen den wahnwitzigen Putschkommunismus der Unionisten erhebt, gegen diejenigen Unionisten, deren Organe sich jetzt frapphaft bemühen, für die Folgen ihres unseligen Osterputzes die freien Gewerkschaften, die „Amsterdamer“, verantwortlich zu machen. Wahr beweisen die zahlreichen Austritte aus der Union und die Kundgebungen einstiger Anhänger gegen die Putschapostel, daß der Wahnsinn weicht, aber es ist auch von Bedeutung, festzustellen, wie selbst der den „Amsterdamern“ feindlich gesinnte „Syndikalist“ die Putschkommunisten verurteilt. Wir haben zwar in der vorigen Nummer dieses Blattes schon einen Auszug aus dem „Syndikalist“ gebracht, halten es aber zur Klärung der Lage für erforderlich, auf die Anklagen zurückzukommen. „Ausreden, was ist“, will der „Syndikalist“ und er besorgt es gründlich. Schonungslos geht er mit den „Parteidörfern“ der „Vereinigten“ Kommunisten und Unionisten ins Gericht. Die „Parteidörfer“ hätten die „tolle Aktion“ auf Bevelohr-Moskau eingeleitet, sich selbst aber aus der Schußlinie gehalten. Die Stöder, Brandler, Sievers, Dr. Meyer u. Gen. „Menschen ohne Verantwortungsgefühl und mit mikroskopischem Gehirn“, hätten in der Presse eine hezzerische Sprache geführt, die „die armen Leser dieser Zeitung komplett verrückt machen mußte“. (Wir lassen immer den „Syndikalist“ sprechen.) Was in den Putschtagen geschehen sei, „dazu lag in diesen Tagen feinerlei Anlaß vor...“ Der beabsichtigte Zweck konnte nur sein, Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft zu verhängen!

Wörtlich schreibt das syndikalistische Blatt:

„Noch niemals lebte die deutsche Arbeiterschaft unter so verhältnismäßig freien politischen Verhältnissen als in den letzten Monaten. Versammlungs- und Pressefreiheit waren geradezu unbeschränkt. Deutschland war das Land der stilligen Revolution, der anderen Länder geworden. Sie konnten sich hier unbehelligt bewegen... Selbst unter der Regierung der Dörfchen ist eine solche Freiheit der Persönlichkeit undenkbar.“

In dieser Zeit war, so urteilt der „Syndikalist“, ein Vor- gehen, wie es die Hintermänner der moskowitischen „Roten Fahne“ beliebten, geradezu ein Verbrechen gegen die Freiheit der Arbeiterklasse. „Und das gerade in einem Augenblick, wo die Entente regierungen die letzten Anstrengungen machen, um Orteich und Sicherheitswehren in ganz Deutschland, einschließlich Sachsen, zu entwaffnen. Zuletzt hat man den Reaktionären und Monarchisten wieder die Waffen in die Hand gespielt.“

Leider ist das bittere Wahrheit. Aber statt daß die Dörfler den Putschkommunismus nun endlich einsehen, wessen Gesäß sie fordern, bleiben sie dabei, den tollen Wahnsinn weiter zu treiben. Zu ähnlichlich sich zu ihren Taten zu befehligen, beschuldigen die „Parteidörfer“, von denen sich keiner vor die Gewehre der Polizei und Reichswehr gestellt hat, die Gewerkschaften und — „die Anarchisten“ (so erklärt der „Syndikalist“), die Arbeiterklasse „verraten“ bzw. die verbrecherischen Bombenattentate verübt zu haben!

Wir Nachdruck erinnert der „Syndikalist“ daran, daß nach den eigenen Worten des „Parteidörfers“ er sich des Spieles in einer in der V.A.P.D. besonders breit mache. Solche Leute wurden in die Organisationen hineingebracht, „um Putsch zu machen“. Das sei bereits im April 1920 (nach dem Appell) konstatiert worden:

Zumindest bei dieser Fäulnisprozeß einen stärkeren Umsatz angenommen. Je härter der Strom der Geldmittel aus Rußland fließt, je höher steigt die Flut der Korruption der SPD. Streber und Gauner aller Kaliber drängen sich zu ihr... In örtlich absolut nicht zusammenhängenden Gebieten Deutschlands geschahen plötzlich Dinge, die kaum nur das Welt bezahlter Spiegel sein...“

Allerdings hat sich die deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Richtungen niets gegen die „Propaganda“ durch Bombenattentate und ähnliche Verbrechen gewandt. Aber seit der Krieg viele Menschen ungeheure Verluste verloren hat, findet selbst ein „Räuberhauptmann Hölz“ bewundernde Nachfolger und sogar Zustimmung von „Parteidörfern“, deren Heiligkeit allerdings vollkommen verwirrt ist. Mit vollem Recht schreibt der „Syndikalist“, in einer solchen Atmosphäre müsse das scholische Handwerk der Spiegel gut gedehnen. Er bestätigt damit vollkommen, was die „Bergarbeiter-Zeitung“ über die ausgetretene Seuch des Spiegelwesens wiederholt, eindringlich warnend, festgestellt hat.

Wir sind bekanntlich weltweit davon entfernt, Kommunismus und Verbrechentum zusammenzuverbinden. Im Gegenteil, wissen wir doch, daß sich in den Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte, schon im „grauen“ Altertum, die tiefsten und edelsten Geister mit der Verwirklichung der kommunistischen Ideen beschäftigt haben, um durch sie die hartherzige Selbstsucht zu überwinden. Viele dieser großen Denker, ihrer Zeit weit voraus geeilt, haben ihr selbstloses Wirken schwer, manche mit dem gewalttamen Tode büßen müssen, als Opfer des Unverständes und der ausbeutungsfreien Herrschaft. Aber mit dem idealen Streben nach höherer Menschheitskultur hat der modernste Putschkommunismus, der durch Gewaltakte die Menschen „bessern“ will, gar nichts zu tun. Die allermeisten der Beklagtenwerten, die der Atomkrieg der Moskowiter gefolgt sind, wissen sicher nichts von der uralten Geschichte der kommunistischen Bewegung, kennen wahrscheinlich nicht einmal die wahre Bedeutung des Begriffs Kommunismus. Das sind keine kommunistischen Streiter für höhere Menschheitskultur, die Eisenbahner zum Entgleisen bringen, Gebäude in die Luft sprengen, private und öffentliche Straßen ausrauben. Das sind lediglich Propagandisten für die Reaktion! Oder sind das etwa Kommunisten, die unserer Kameraden Peter Zimmer in Mörs mit gewaltiger Übermacht anfielen und ihn wiehisch, fast zu Tode mißhandelten? Mit Sicherheit wendet sich jeder anständige Mensch von solchen Untaten.

Es ist gut, daß der „Syndikalist“, der ja nicht in dem „Verdacht“ steht, unser Freund zu sein, in herabsetzter Weise seiner Entrüstung über die tolle Aktion der Putschkommunisten Ausdruck gibt. Wenn an der Befreiung der Arbeiterklasse aus geistiger Knechtung jeglicher Art, an der siegreichen Befreiung der ganzen Menschheit von dem korrumptierten Kapitalismus gelegen ist, der muss die Geistesfrankheit des Putschkommunismus befürworten durch kommunistische Befreiung der auf dem Erweg geratenen Arbeiterschaft.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Amerikanische Kohlenpreise.

Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt einem englischen Industriesblatt folgende Angaben über die Entwicklung der Kohlenpreise in den Vereinigten Staaten. Im Januar 1914 betragen die Tonnenpreise (Anthrazit und Weißkohle) ab Beche oder Verbrauchsort 1,80—4,00 Dollar. Im Juli 1920 hatten sie den Höchststand erreicht mit 6,50 bis 12,00 Dollar. Im März 1921 schwanden die Preise zwischen 2,25 bis 7,40 Dollar, waren also gegen Juli 1920 bedeutend gesunken. Gegenwärtig werden amerikanische Kohlen frei europäische Häfen für 9—10 Dollar geliefert. Beobachtenswert ist aber vor allen Dingen, daß die höchste Preissteigerung nur bis zum drey- bis fünffachen des Friedenspreises betrug, während die deutschen Kohlenpreise heute 15- bis 20-mal höher sind als 1914.

Hollands Kohlenwirtschaft.

Unsere Leser sind unterrichtet über die kritische Lage im Kohlenbergbau Hollands. Er ist, benachbart dem Bergbau bei Norden, nur geringen Umsanges, hat sich aber vorhältnismäßig rasch und namentlich während des Krieges stark entwickelt. Das geht aus folgenden Förderziffern hervor (in Tonnen):

	1914	1918	1920
Dominiale Steinbohlengruben	412 404	481 092	582 510
Willem Sophia	157 700	233 392	242 817
Oranje Nassau	516 182	820 139	824 245
Laura & Vereeniging	295 497	468 616	535 302
Staatsgrube Wilhelmina	382 428	562 228	547 403
Staatsgrube Emma	164 320	661 032	819 007
Staatsgrube Handrik	179 013	405 802	

1928 540 2 339 512 3 940 595

Der Staatsbergbau nimmt eine an Bedeutung wachsende Stellung ein. Hollands gesamter Kohlenverbrauch belief sich 1918 auf 8—9 Millionen Tonnen, war also weit überwiegend auf Zufuhr aus dem Ausland angewiesen. Deutschland vor allen, dann England und Belgien versorgten Holland mit Kohlen. Während des Krieges wurde der Export natürlich viel geringer und der Verbrauch wurde stark beschränkt durch amtliche Rationierung seitens der Reichskohlenabteilung, die auch die Verkaufsspitze festsetzte. Nach dem Kriege stieg der Import wieder auf bald 3 Mill. To., wobei nun Amsterdam den Hauptort ließ. Das Reichskohlenkommissariat stellte im Februar seine Tabelle ein. Die Kohleneinfuhr gestaltete sich wie folgt:

	1919	1920
Gesamte Einfuhr	2 957 191	188 711
Aus den Ver. Staaten	668 536	42,26
Deutschland	772 923	92,19
Großbritannien	375 513	19,04
Canada	65 651	3,58
Belgien	1 079 449	41,64

Die Einfuhr aus Belgien betrug also im Jahre 1920 nur ungefähr 3 Prozent der im Jahre 1919 eingeführten Menge. Die meisten Kohlen bezog Holland im Jahre 1920 aus den Vereinigten Staaten. An zweiter Stelle kam Deutschland. Aus der eigenen Produktion und aus der Einfuhr standen Holland im Jahre 1920 beinahe 7 Mill. To. Steinkohlen zur Verfügung. In dem Friedensverbrauch schließen also immer noch weit über 1 Mill. To. und trotzdem trat der „Kohlenüberschuss“ ein. Ursache ist die durch die Kriegsfolgen (Versailler „Fried

direktor Hossmann-Halle wiesen darauf hin, daß die Bergbaubetriebe in dieser Beziehung doch schon manches getan hätten. Bei der augenblicklichen Finanzlage der Werke könne leider nicht mehr geschehen. Verschiedene Herren drückten zum Ausdruck, daß von privater Seite noch mehr geschehen und schließlich das Reich eintreten müsse. Schließlich einige man sich dahin, daß Sachse und Imbusch eine Entscheidung für die Vollversammlung des Reichstagsrates am nächsten Tage vorbereiten sollten, worin die Reichsregierung um Bereitstellung ausreichender Mittel zur Unterstützung der Knapschaftsentempergänger ersucht wird. Diese Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

"Der Reichstagsrat erkennt die Notlage der Knapschaftsinhaber, schwieri und -wochen an und spricht sich für baldige Abhilfe aus. Die Knapschaft soll in sofort zu bewilligenden besonderen Leuerungsplänen zu den Knapschaftsleistungen bestehen. Da die Knapschaftskassen infolge des Krieges außerordentlich gelitten haben, sind sie allein nicht in der Lage, die Not zu beheben. Deshalb macht es der Reichstagsrat der Reichsregierung und dem Reichstag zur Pflicht, für diese Zwecke Mittel zu beschaffen, damit in noch höherem Maße wie im Kalibergbau auch im Kohlen- und Erzbergbau besondere Leuerungspläne für alle Knapschaftsentempergänger geschafft werden können."

Die Vollversammlung des Reichstagsrates am 8. März hat dieser Entschließung einstimmig zugestimmt. Hinsichtlich geschieht nun auch bald das Notwendige, damit die Knapschaftsentempergänger wenigstens aus der dringendsten Notlage herauskommen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion auf Constantin 6.7.

Am 12. April erfolgte gegen 9½ Uhr vormittags auf der in der Nähe von Bochum gelegenen Zeche Constantin VI/VII eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion. 14 Kameraden blieben auf der Stelle tot und 7 haben schwere Verleukungen erlitten. Von den 7 Verletzten sind im Krankenhaus noch 2 gestorben, so daß die Zahl der Toten 16 beträgt.

Über das Unglück ist vorerst folgendes zu sagen: Die Explosion hat auf der 4. Sohle im Flöz Sonnenschein stattgefunden. Das Flöz, welches an dieser Stelle ein Einsfallen von etwa 50 Grad hat, wird dort von einem Abteilungsquerschlag durchquert, von welchem nach beiden Seiten Sohlenstrecken abzweigen. Die Einfahrt vom Abteilungsquerschlag nach der Sohlenstrecke bildet eine Kurve. In der östlichen Sohlenstrecke steht, 20–30 Meter vom Abteilungsquertrichter entfernt, ein Bremsberg. Von diesem Bremsberg aus wird das Flöz durch Stufen nach beiden Seiten abgebaut. Die zwei untersten Stufen – Ort 2 und 3 – sind nach beiden Seiten schon abgebaut; Ort 4 und 5 sind im Betrieb. Der Haspel steht über Ort 7. Auf den in Betrieb befindlichen Oertern 4 und 5 muß eine Schlagwetterexplosion erfolgt sein, welche durch eine dadurch verursachte Kohlenstaubexplosion verdeckt wurde, daß die Stichlamme alle Strecken ausfüllte. Von den 14 sofort getöteten Kameraden waren 10 mit Brandwunden bedeckt, während die anderen 4, unter ihnen auch der Haspeljunge, durch die Nachschwaden (Kohlenoxyd) getötet wurden.

Als uns das Telefon die schreckliche Nachricht übermittelte, sagte ein Kollege voll bitterster Ironie: "Und der Schuldige? Die Toten oder – Verleitung unglücklicher Zusätze." Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin und diese ist es, die uns vorliegende bittere Ironie eingepaßt hat. Bei all den Massenmördern sind noch niemals Grubenbesitzer, Betriebsleitungen oder Bergbehörden mit der Schuld am Unglück belastet worden. Diese wollen doch nur nichts das Beste für die Arbeiter, sie treiben niemals an, sorgen für den besten Schutz und verlassen nur die allerbesten Verordnungen und nur im Interesse der Arbeiter. Und wenn trotzdem Massenmördere auf Massenmördere folgen, wenn sich die so sehr Behüteten und Beichtmänner im Lodesdacheln streden, ... Gott ja, dann haben sie die weisen Verordnungen nicht befolgt, aber aber – und vorher gesehene Momente seien Schuld am Unglück!

Die im Flöz Sonnenschein gewonnenen Kohlen entwickein viel Staub. Es ist nur auf den bekannten Zimmerstaub hingewiesen, der sich im Sonnenstrahl dem Auge zeigt. Nun denkt man sich die Arbeitsstellen im Bergbau, wo die Kohle gewonnen wird. Dort wird scheinbar, geschaufelt, gehobelt usw., in den Säcken und Bremsbergen rollen die mit staubiger Kohle beladenen Wagen mit großer Schnelligkeit dahin; alles das schwängert die Grubenluft mit Staubschwaden, die manchmal so dick sind, daß man nicht einen Meter weit sehen kann. Dieser Staubstaub setzt überall Staubschichten ab, die bei jedem Luftstoß auswirbeln. Bemerkt sei noch, daß im Flöz Sonnenschein die Kohle so fest ist, daß sie nur durch Sprengsäule gewonnen werden kann, was zur Staubausbildung wesentlich beiträgt.

Nun denkt man sich eine Explosion im Bergbau. An irgend einer Stelle haben sich die sehr leicht entzündbaren Schlagwetter angesetzt. Durch einen Sprengsäule oder eine besetzte – auch überprüfte – Lampe entzünden sie sich und explodieren. Die Explosion verursacht einen Luftstoß, welcher die Staubschicht auswirbelt und die ohnehin schon mit Kohlenstaub gesättigte Luft noch mehr damit durchsetzt. Die Stichlamme des Schlagwetter entzündet diesen Kohlenstaub und im Moment ist der Grubenbau in eine Hölle verwandelt. In einer Sekunde ist der feurige Spuk verschwunden, dann einen Augenblick Totenstill... tiefe Dunkelheit... dicker, gelber Rauchschwaden füllt die Strecken... Stöhnen, Achzen, Lodesröhren der Verbrannten... langsam verstummt auch dieses, denn in wenigen Minuten hat der giftige Qualm alles Leben vernichtet.

Der Kohlenstaub ist der gefährlichste Feind des Bergmanns, weil er die Flamme über den ganzen Bau verbreitet und den gefährlichen Nachschwaden erzeugt. Das ist seit langen Jahren bekannt und deshalb ist zur Niederkunft des Kohlenstaubes die Wasserbeschaffung vorgesehen. In letzter Zeit wird die Steinstaubentzündung eingeführt, welche im Falle einer Schlagwetterexplosion die Luft mit Steinstaub durchsetzt und somit der Flamme einen Halt gibt. Nun hören wir, daß auf Constantin VI/VII in der Kriegszeit die Wasserbeschaffung eingesetzt und die heute nicht wieder eingeführt ist. Eine Steinstaubentzündung gibt es auch nicht. Wer ist nun der Schuldige? Einz die Toten, oder – unglückliche Zusätze?

Nachträglich finden wir in der Logespresso einen "Bericht über die amtliche Untersuchung", der so ausgeschaffen ist, wie wir ihn erwartet haben. Quicx wird in dem Bericht der mutmaßliche Explosionsherd und die mutmaßliche Entzündung beschrieben. Der wesentliche Teil des Berichts wird jedoch zu dem Nachweis angewandt, daß keine Kohlenstaubexplosion mitgewirkt hat. Wir für unseren Teil müssen schon sagen, daß der Bericht bei uns das Gegenteil der erhofften Wirkung ausübt.

Der Bericht sagt, daß der Explosionsherd eine Auskondition auf dem östlichen Ort 5 ist, welche mit Schlagwettern angesetzt war. Die Entzündung ist mutmaßlich durch eine Lampe erfolgt, jedoch macht der Bericht – in großmütiger Weise – dem betreuernden Hauer keinen Vorwurf. Wenn gesagt wird, daß im Flöz Sonnenschein keine Schlagwetteransammlungen bisher gefunden wurden, so wollen wir das auch nicht bestreiten. Wir haben uns schon durch den Betriebsrat überzeugen lassen, daß nur geringe Mengen Schlagwetter in Frage kommen. Um nur eine Staubausbildung abzuweisen, werden folgende Thesen aufgestellt:

"Eine Kohlenstaubexplosion fand nicht statt, da es keine Staubexplosionen gab. Die gefundenen Kohlenverluste sprechen vielmehr dafür, daß die Flamme, wo sie Kohlenstaub vorfand, denselben verbrannte."

Dieser Satz ist eine amtliche Glanzleistung. Die Flamme und Kohlenstaub und – verbrannte diesen. Ein solch geschriebenes Wörterbuch muß man durch eine amtliche Urkunde lesen. Sehr ungern und sehr leidenschaftlich führt die Bergmannschaft die Wahrheit, daß Kohlenstaub vorfand, auf.

solchen Mengen und Kohlenverlusten vorhanden waren. Das ist ein unwiderlegbarer Beweis, daß eine Staubausbildung erfolgt ist.

In vorstehenden Sinnen erkennt auch die weiteren amtlichen Thesen, die oft geradezu lächerlich wirken. Wir wollen heute nicht auf alle diese Einwendungen eingehen. Erwähnt sei noch folgender Gesichtspunkt: "... Auftreten der giftigen Nachschwaden, die bei einer Gasexplosion genau so auftreten, als wenn Kohlenstaub explodiert." Dovoreit sei gesagt, daß es im Flöz Sonnenschein nach der Explosion gequalmt hat. Wir wissen dies aus Aussagen der Bergleute und der amtliche Bericht bestätigt dies. Wir möchten nur die Bergbehörde bitten, uns einmal darüber zu belehren, seit wann brennende Schlagwetter (Kohlenstaubgas) Nachschwaden entwideln? Wir stellen mittlerweise die Behauptung auf, daß „der giftige Nachschwaden“ nur von einer Kohlenstaubexplosion herrührte!

Weiter: Durch die Explosionsflamme wurde der unter dem Bremsberg arbeitende Abnehmer, ja selbst ein an der vorstehend erwähnten Einfahrtkurve beschäftigter Schlepper verbrannt. Vom Sohlenanschlag bis Ort 5 ist der Bremsberg 70 Meter hoch, zwischen Abteilungsquerschlag und Bremsberg beträgt der Abstand etwa 20 Meter. Laut Bericht waren 1–2 Kubikmeter Schlagwetter auf Ort 5 vorhanden, die eine Stichlamme erzeugt haben sollen, welche alle Nachbarstrecken ausfüllte. Die nach unten schiehende Stichlamme, welche die vorwärtsgerührten Schlepper verbrannte, muß zirka 100 Meter lang gewesen sein. Wer will das glauben? Das sollen 1–2 Kubikmeter Schlagwetter gemacht haben? Der Gipspunkt des Berichts ist aber die Weisheit, daß eine Schlagwetter- und eine Kohlenstaubexplosion, die zugleich stattfinden, zwei Explosionsstöße verursachen müssen. Gerade so gut kann man sagen, daß bei der Explosion eines Sprengsäules zuerst das Gütliche (erster Schlag) und dann die Munition explodiert (zweiter Schlag). Dieses ist übrigens eine Erfindung eines preußischen Bergrats, die er sich wohl patentieren läßt. Der praktische Bergmann muß über solche amtliche Weisheit lächeln.

Damit genug für heute. Für uns steht fest, daß es eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion gewesen ist.

Wilhelm Spanier †.

Wieder hat einer unserer alten Pioniere seine lebte Schilder angetreten. Unser alter Wilhelm Spanier, den Kameraden als der alte Wilhelm bekannt, ist am 5. April 1921 gestorben. Er ist am 2. September 1846 geboren, somit 74½ Jahre alt geworden. Dem Verband gehört er seit dem 1. Januar 1890 ununterbrochen an. In der ersten Zeit des Bestehens unseres Zentralen Geflügelns hat er die mühseligen Ortsverwaltungsarbeiten selbst verrichtet, war als Vertragsmann, Kassierer und Zeitungsredakteur in einer Person. Es ist ihm niemals soviel gewesen, wenn es geht, für den Verband zu arbeiten. Bis vor drei Jahren war er immer mit in der Agitation tätig gewesen, ebenfalls bis dahin hat er lange Jahre als Kärtellverteiler die Zentralstelle im Kartell vertreten. Unsere Kameraden können sich an diesem alten Kämpfer ein Beispiel nehmen und berücken, dem „alten Wilhelm“ nachzuallen. Die Kämpfe, die er im Leben zu bestehen hatte, sind ihm wenigstens im Tode erwartet geblieben. Tags zuvor ist er noch draußen gewesen und als er sich abends schlafen legte, saß er auch zu der großen Armee sanft hinübergegangen. Alle, die ihn kannten, besonders die Kameraden der Zentralen Geflügelns IV, werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Friedrich Peper †.

Am 2. April starb nach kurzem schweren Leiden im Alter von 66 Jahren unser Veteran und Mitbegründer unserer Zentralen. Kamerad Friedrich Peper. Wir verloren in ihm einen unserer ehrlichen und opferwilligen Mitstreiter. Seit 1869 stand er immer im Vordertricht. Seine Kameraden achteten seine Hingabe und ernteten ihn durch ihr Vertrauen. Bis zum Jahre 1879 war er ununterbrochen Mitglied der Ortsverwaltung. Von 1905 bis 1910 war er Knapschaftsleiter. Er verlor, monach ein Individuum sein Verteilung sein därfte, verhinderte seine Wiederwahl. Jedem ging er mit gutem Beispiel voran. Wo es galt, Rat zu fordern, fand man bei unserem alten Fritz keine verschlossene Tür. Eine nüchtern Kramkeit warf ihn aus Krankenlager, von dem er sich nicht mehr erholen sollte. Nun ruht er aus, der immermüde Kämpfer. Möge ihm die Erde leicht sein! Wie werden sein Kindern in Ehren halten.

Arbeitslosenunterstützung für Kurzarbeiter.

Unter dem 5. April 1921 sandte unser Vorstand an den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe:

Dem Herrn Reichsarbeitsminister ist es schwerlich bekannt, daß in den letzten Monaten auch in den einzelnen Zweigen des Bergbaus die Arbeitslosigkeit eingerissen ist. So sind sehr viele Bergarbeiter in der Kaliindustrie arbeitslos geworden. Sie arbeiten kurz, d. h. sie müssen einige Tage in der Woche feiern. Ebenso ergibt es Erzbergarbeiter im Zollgebiet sowie Arbeitern in der Steinkohlenindustrie. Diese Arbeitslosen befinden sich in einer sehr schwierigen Situation. Während des Krieges konnten sie nichts zurücklegen, im Gegenteil. Währung und Haushaltungsartikel wurden verbraucht und sollten nach Beendigung des Krieges erneut werden; doch die Löhne in dieser Zeit blieben auf einem hohen Niveau, das auch die wieder an Sparmaßnahmen nicht zu denken war, sondern der Verdienst reichte gerade aus, das Leben zu tragen. Der Herr Reichsarbeitsminister kann daraus ersehen, in welcher Notlage sich heute die Bergarbeiter befinden, die zum Kurzarbeiten gezwungen sind.

Wir möchten deshalb den Herrn Reichsarbeitsminister ersuchen, daß wir wirken zu wollen, daß diesen Kurzarbeitern für die Tage, an denen sie arbeitslos sind, die Arbeitslosenunterstützung ausgeschüttet wird. Dies ist nötig, um diese Leute vor gänzlicher Verelendung zu schützen.

Zu der Hoffnung, daß von dem Herrn Reichsarbeitsminister etwas geschieht, um unserer Anfrage zu entsprechen, zeichnet mit hochachtungsvollem Glück auf.

Der Vorstand des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: G. Bihmann.

Verbilligte Textil- und Schuhwaren.

In Nr. 12 unserer Zeitung hatten wir unter obiger Überschrift eine Notiz gebracht und u. a. auch mitgeteilt, daß ab 15. April die Verkäufe der verbilligten Textil- und Schuhwaren an die Bezugsberechtigten eingestellt würden. Die Frist ist bis zum 30. April verlängert worden. Nach dem 30. April fällt jeder Anspruch auf Belieferung mit verbilligten Waren fort. Von diesem Datum ab verlieren die Bezugsberechtigungen ihre Gültigkeit.

Bergleute, geht nicht nach Spitzbergen!

In deutschen Kohlenrevieren sind Agenten tätig, welche Bergleute für die Bergwerke in Spitzbergen anwerben. Neben anderen ist es hauptsächlich eine niederländische Gesellschaft, die ihre Agenten beruht. Mehrere Kameraden, welche bereits im vergangenen Jahre sich von den Agenten verloren ließen, überreden uns einen Brief, in dem sie vor den Agenten warnen. In dem Brief wird gesagt, daß die deutschen Bergleute von den anderen Arbeitern als Schindler verachtet werden, weil sie billiger arbeiten müssen. Bedingung ist zweijährige Verpflichtung und 65 M. Lohn bei zehnjähriger Arbeitszeit. Auch schreiben die Kameraden, daß für jede Kleinigkeit 100 M. Geldstrafe vom Lohn abgezogen werden. Daraus, Kameraden, lohnt euch nicht verleiten, nach Spitzbergen zu gehen.

Lehrkameradschaften, Steinstaub gegen Kohlenstaubgefahr.

Während des Krieges hat sich die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lehrdauer) im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft immer mehr verringert. In der Vorkriegszeit betrug der Anteil derer an der Gesamtbelegschaft im Oberbergamtsbezirk Dortmund über 51 Proz., der während der Kriegszeit auf etwa 40 Prozent zurückging. Nach dem Kriege ist dieser Anteil nicht größer geworden. Im rheinisch-westfälischen Bergbau sind jetzt gegen 380 000 Bergarbeiter beschäftigt, etwa 120 000 mehr wie in der Vorkriegszeit, aber der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter an der Gesamtbelegschaft beträgt immer noch nicht viel mehr als 40 Prozent. Der Bergbau ist mit ungeübten Arbeitern gewissermaßen überfüllt. Durch eine rein schematische Vermehrung derselben kann das Förderergebnis nicht gesteigert werden, wenn nicht auch die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter im gleichen Verhältnis geziert und nach und nach auf die alte Höhe gebracht wird. Das ist der Grund der Lehrkameradschaften, die auf vielen Stellen eingerichtet werden. Aber es werden auch Beschwerden laut, daß hierbei eine gewisse Kämpfungswertigkeit verloren geht und andere Kameraden sich zeigen. Das Ziel der Lehrkameradschaften ist gut und notwendig. Die Auswirkungen und die Kämpfungswertigkeit müssen entschieden bekämpft werden. Das ist aber Pflicht der Arbeiter selbst, die hierbei mit den Betriebsräten im Betrieb nicht folgen, das können nur die Arbeiter und Betriebsräte. Wo diese auf dem Posten sind, da kann den Auswirkungen und jeder Kämpfungswertigkeit gemacht zu werden braucht. Wenn die Arbeiter mit ihrem Wahlrecht nicht anfangen können, dann ist ihnen nicht zu helfen. Auf vielen Stellen sucht man der Kohlenstaubgefahr durch Steinstaub zu begegnen, der man mittels Kompressluft oder auf andere Weise in die Grubenbaue bringt. Auch da werden schon Beschwerden laut. Besonders ist der Steinstaub für die Atemorgane sehr schädlich. Aber es ist eben alles seine Lücke und Schaltstellen. Die Verfestigung mit Wasser hat auch ihre großen Gefahren und Nachteile. Das Gangende sowohl wie das Liegende werden dadurch sehr in Mitleidenschaft gezozen. Die Räume in der Gefüshöfe ebenfalls nachteilig. Zudem sind die Kosten der Verfestigungsanlage sehr hoch und sie liefern die Selbstkosten, was leicht endet, auch von den Arbeitern mitgezahlt werden muss. Wenn der Steinstaub sich als wirksam gegen die Kohlenstaubgefahr erweisen sollte, so müßten eben Mittel und Wege gefunden werden, um der Gefährdung der Atemorgane zu begegnen. Darüber müßten sich sowohl die Arbeiter wie auch die Betriebsräte selbst einmal den Kopf zerbrechen. Alles Gute braucht doch nicht immer "von oben" zu kommen. Der Steinstaub wird auch teilweise in Arbeiterräumen als ein gutes Mittel betrachtet, der Kohlenstaubgefahr zu begegnen. So schreibt z. B. Kramerat Friederich Hartwich aus Wanne:

"In letzter Zeit haben sich wieder die Gräber über viele unserer Gruben aufgeschlossen, die vom grausamen Bergmannsein im dunklen Schatzdahligerei zuwandten. Als bisher angewandten Mittel, die Verfestigung und große Zusammensetzung, haben es nicht vermocht, die durchsetzbaren Grubenexplosionen aufzuhalten oder sie in wirklicher Weise zu bekämpfen. Nunmehr hört man in letzter Zeit vielfach von einem Bekämpfungsmittel, durch das Grubenexplosionen mit Sicherheit am Entstehungsort niedergeschlagen werden. Dieses Mittel ist der Geisteinstaub, welcher in der Grube in größeren Mengen an geeigneten Punkten aufbewahrt wird und im Falle einer Explosion von dem Luftstoß, welcher einer Explosion vorauseilt, aufgewirbelt wird und die nachfolgende Flamme erstölt. Zum Beispiel wird man auf der Seite Unter Fritz IV in Raum ein Zerstäuber eingerichtet, welches von der Belegschaft allzeit zur Atemförderung und Belebung dient und das sich bei wiederholten Versuchen in der bergbauwissenschaftlichen Versuchsstrecke in Terne bei Dortmund als geziert erwiesen hat. Ein Zerstäuber wie auch Kohlenstaubexplosionen niedergeschlagen. Dieses Verfahren besteht darin, daß eine gewisse Menge von Gasapparaten (Mühlen), welche mit Geisteinstaub angefüllt sind, an den Betriebsräten aufgesetzt werden und jede Explosion auf den Entstehungsort beschädigen. Die Apparate, welche sich dem Grubenbetrieb annehmen, werden, sobald sie befüllt werden, in Zylinder und verbinden, die der Geisteinstaub aufgezweigt wird, das Ubergreifen der Flamme von einem Ort zum anderen. Um aber nicht zu verhindern, daß sich eine Grubenexplosion bilden kann, ist bei diesem Verfahren eine Geisteinstaubstreuung vorzusehen und zwar in der Weise, daß bei jedem Stoß, der abgetan werden soll, eine Streuung von fünf Meter um den Stoß gezeigt wird und die Flamme von einer Strecke Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke der Erzbergbau ein Zerstäuber eingerichtet ist, der die Atemorgane am Bergbauwissenschaftlichen Institut der Zeche Unter Fritz IV in Raum von Oberbergbau zu Dortmund die Erlaubnis erteilt werden, die Betriebsräte einzustellen. Darüber ist noch zu berichten, daß auf der Strecke

arbeiterverbandes brauchen gegen diese wahnwitzigen Unfertigkeiten nicht in Schutz genommen zu werden. Das wissen die Verfasser dieser Flugblätter auch sehr gut und darum hüten sie sich, ihren Namen zu nennen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier entweder um das Werk Wahnsinniger oder das bezahlte Lobsphären handelt. Das auf diese Weise der Reaktion nur genügt, der Arbeiterfrage aber unendlich geschadet wird, steht außer Zweifel.

Dieselben Eindruck gewinnt man auch aus der Agitationsnummer der "Freien Arbeiter-Union" Gelsenkirchen vom 12. April 1921, die ebenfalls nicht verantwortlich gezeichnet ist. Was darin an Unwahrhaftigkeit und Übereichnung geleistet wird, läßt sich kaum noch übersteuern. Einleitend wird gesagt: "Die Arbeitsunzufriedenheit kommt Bergarbeiter, Augen auf! Was geht vor?" Den Verbandsvertretern wird unterstellt, sie mögen Sollmuspatriot. Aus den Essener Verhandlungen ginge der erbärmliche Schwindel und die elende Heuchelei hervor, die der alte Verband bei Ablehnung des Schiedsspruches an den Tag gelegt habe. Die Freie Arbeiter-Union habe vorausgesagt, daß die Arbeitergemeinschaft, die gloriosen Arbeitgebervertreter, jenes Lumpengesindel, die Arbeiter von neuem verdunstendebeulen und dann um so frecher verkaufen würden. Die internationalen Schwäger und Komödienpieler, Wortschöpfer und Donskowskie par excellence, die sich im August 1920 in Gelsenkirchen gegeben hätten, würden sich seige in die Ecken und es beginne klar zu werden, daß die ganze internationale Kampfgemeinschaft nichts anderes als Mumrik sei. Der durchdringende Gewerbeverein der internationalen Bergarbeiterverbände nicht einmal so typisch wie z. B. der Bergarbeiterverband mit Hué und Limbergh an der Spitze. Die internationale Solidarität dieser Leute sei nichts als Bedürfnis nach internatinaler Kenntnis. Diese Spieße von Hochstaplern der Arbeiterschwung sei nur unter sich international verbrüdernd, die Arbeiter würden mit immer steigender Freiheit und Offenheit betrogen, die Arbeiter in England müßten nun allein kämpfen, wo sie jetzt im entscheidenden Augenblick die Mauseladen der Bergarbeiterinternationale wären. Hué und Limbergh hätten in Begleitung des englischen Eisenbahners Thomas in Essen aus dem Kappelstadtkas das Schlagfeld abgeschritten, wo die ermordeten Arbeiter lagen, um die Tätschheit von Scherlings Truppen zu bestätigen. Nach einer Reihe ähnlicher Unfertigkeiten heißt es schließlich wörtlich: "Wir gratulieren Hué und Limbergh zu ihrem Geschick, das Schlagfeld der unbewohnten und erschossenen Proletarier abzuschreiten und wir rufen ihnen, den Hué und Limbergh, Gott und Elend zu ihnen, den Siegern vom Kappelstadtkas. Für den angeblichen Unfall der Verbandsleiter in der Nebensicht- und Rohrstraße werden 10 Bilder angeführt. Wie diese Bilder aussehen und wo sie sind, zeigt besonders das 10. Bild: Arbeitsunzufriedenheit, Hungerlohn für Bergarbeiter, 200 Prozent Dividende für Ausländer, Sieg des Arbeitervertrags!" So geht es weiter zwei Seiten lang.

Das Papier ist wirklich gefährlich. In den Köpfen der Verfasser dieser simulosen Upstaltscheiten muß es eindrücklich und müßt aussiehen, wie in der Gefangenschaft der Freien Arbeiter-Union, vorüber die "Bergarb.-Btg." in Nr. 15 und 16 auf Grund unanzeigbarer Tatsachenmaterials berichtet. Daß sie nicht einmal den Mut haben, ihre Unfertigkeiten mit ihrem Namen zu bedecken, ist ja bezeichnend, daß wir es uns erahnen können, näher darauf einzugehen. Arme, klagenswerte Arbeiter, denen eine solche geistige Stoff geboten werden darf! Das ist des Pubels Kern. Solange ein beratiger unionistischer Wahlkampf Abhänger und Nachbeter findet, können Wahnsinn und Brachialität weiter ihr Unwesen treiben zum unendlichen Schaden der Arbeiterschaft.

Überbergamtbezirk Hann.

Ein unerhörter Vorfall.

Am 8. April 1921 ereignete sich auf Grube Eisenzeche "Aug" ein Unglücksfall, dem leider wieder ein blutiges Menschenleben zum Opfer fiel. Ein junger Mann von 20 Jahren wurde allein in einem Abbaubereich. Der Unglücksfall hat sich in der Morgenzeit gut zugeregt und der Verleie lag noch abends 9 Uhr vor seiner Arbeitsstätte. Nur dadurch, daß dessen Angehörige nachsuchten und ihn in dem Zimmer antraten, wurde eine Entzündung der Arbeitsstelle vorgenommen. Man fand den Unglüdlichen unter einer Last, welche sich losgelöst und ihn zum Teil begraben hatte. Man muß fragen, wie es möglich ist, daß der Verleie so lange vor seiner Arbeitsstelle liegen mußte. Die Verwaltung der Grube halte doch schon längst Anordnungen treffen müssen, damit solche Vorlommisse unmöglich wären. Sicher kennt der Bergmannsrechtliche Föhring nicht, wie dieses möglich ist. Die Gesetzgebung und die zulässigen Tatorten müssen Gesetze und Verordnungen erlassen, wonach es verboten ist, daß ein Mann allein vor einer Arbeitsstelle in der Grube beschäftigt wird. Es ist möglich, daß wenn sofortige Hilfe zur Stelle gewesen wäre, dem Unglüdlichen hätte geholfen werden können. Auch ist es anzunehmen berechtigt, daß das Unglück vermieden worden wäre, wenn ein zweiter Arbeiter dort beschäftigt wurde und die Gefahr rechtzeitig erkannt worden wäre. Es trifft also nicht an was Herr Bergarbeiter Dreßler bei der Entlastung des vorigen Betriebsratsvorstandes angeht, sonst wäre es unmöglich, daß solche Zustände auf der Grube Eisenzeche "Aug" herstellen könnten.

Gefestkorke Zeitungsgeschreiber.

Nach dem mißlungenen Nordanschlag kommunistischer Mörderbanden auf unseren Bezirksleiter Zimmer in Hörschel die Düsseldorfer "Freie Presse", daß Zimmer den Verleihungen erlegen sei. Diese Nachricht — die falsch war, Zimmer lebt! — wurde auch von dem Düsseldorfer U.S.P.-Organ der "Vollspaltung" übernommen und mit der Überschrift: "Ein Opfer menschlicher Feindseligkeiten" versehen. Dies gab dem gleichfalls in Düsseldorf erscheinenden Kommunistenorgan "Freiheit" (Nr. 82 vom 9. April) Anlaß zu einer nicht Mensch zu hahenden sarkastischen Satire.

Peter Zimmer, der erschlagene Schuft.

Diese Überschrift gab die "Freiheit" ihrem Artikel, der den "Vollspaltungs"-Artikel glossiert und in dem wörtlich gesagt wird:

"Es gibt das Solidaritätsgefühl der Unabhängigen, wenn sie mitgefeiert mit dem einen Opfer verhindern, nicht aber Rücksicht mit den anderen Opfern des eisernen Zeitalters. Aber wir verstehen diese erstaunende Solidarität, denn die Taten des erträglichen Schuftes Zimmer sind auch die Taten der U.S.P.-Dongen, die Opfer des Zimmer sind auch ihre Opfer. Aus dieser Tatsache erklärt sich weiter die Niederlage der "Vollspaltung", den Schuft Zimmer auf eine Stufe zu stellen mit dem tödlich erstickten Gewissen Eysl. Eysl war als Revolutionär von den Schergen der Kaiserkulis gejagt worden, als Gefangener fiel er einem Schuß — auf der Flucht zum Opfer. Zimmer jedoch war ein schäfcher Arbeitervertritt, der Kaiserkulis verlor, der Arbeiter gegen Arbeiter heizte, der die hiesige Schürze gegen streitende deutsche Arbeiter ansetzte und der strafende Richter in jedem beratertischer Wollust verbündete und betrachtete. Daß dieser Schuft in zentraler Ausstellung erschlagen wurde, ist mehr als wohl zu begreifen, trotzdem beweist es mir die Tats, nicht jedoch wie der Tod am Ende besiegeln, sondern eher wie z. B. das einfache Durchsetzen eines Friedensvertrages, wobei wir gegebenenfalls die Friedensrichter sich beleidigt fühlen könnte, wenn man ihm mit einem Zeigl z. B. zum Sägen eine Zigarette oder eines "Vollspaltungs"-messers auf eine Stelle stekkt will."

Diesem Herzenseingriff folgt dann eine ungewöhnliche Beschuldigung des Kameraden Zimmer, mit welcher eine Beschämung dieser bestialischen Tats verdeckt wird und die mit derselben Weise wie vorhergehend gewirkt ist. Daß die Beschuldigung unwahr ist, braucht nicht beurtheilt zu werden, denn wer eine solche Substanz erzeugt wie die vorstehende, kennt keine Wehrheit.

Um ein böses Gefühl zum Zeitungsschreiber bestimmt hat, der selbst gar nicht eine Tatsache an die Segmente ab, führt sie, wenn notwendig, auch mit einer gewissen Schärfe. Was aber mit solchen Schriftstellerrechten herzuschießen, schaue ich selbstverständlich ab. Derartiges kann kein gerechter Mensch erzeugen; das kann nur ein Geisteskranker sein. Eine solche menschliche Kreatur mag doch jeden Psychologen zu wissenschaftlichen Betrachtungen reizen, denn es mag sich ihm doch die Frage aufdrängen, wie es möglich sei, doch so viel Gewalttat, so viel Gewaltthätigkeit und Sabotage ein Großindustrie ausfüllen können.

Dann kann er nicht in Gefangen sein, was er kann, ist nicht

Was mag er frech, ist Schrift, und was er schreibt, ist Schrift.

Diese Worte klöhnen verblasst hier. Ein solcher armer, irrsinniger Mensch mit solch ausgeprägter sadistischer Neigung muß schamlos in einer Verbannung untergebracht werden, denn er ist gemeingefährlich. Wer steht dafür ein, daß er nicht eines Tages, hinter einem Strauch oder einer Haustür lauernd, wahllos einen Vorübergehenden überrascht und den schrecklichsten Lutscher begeht?

Verleumdungen gegen Zimmer.

Um das Verbrechen an Peter Zimmer zu beschönigen, erzählen kommunistische und syndikalistische Zeitungen, daß Zimmer das "Proletariat" der Bevölkerung veraus habe. Auch noch einen anderen Zweck hat dies Mandant: man will damit das "Kommunistische revolutionäre Proletariat" deden, welches sich für die Dortmunder Republik erklärte und somit richtig gehendes Verrat übte. Allerdings ist dieses "revolutionäre Proletariat" nicht ernst zu nehmen, weil seine Zahl sehr gering ist. Ebenso wenig ernst zu nehmen ist die vorbenannte These, die in ihrer Verarmung alles Mögliche und Unmögliches behauptet; sie schreibt eben, was sie will, ganz gleich, welche Gemeinheit, welche Unwahrheit es ist. Ein verblüffender Mensch glaubt das sowieso nicht, und für dasjenige "revolutionäre Proletariat", welches nur in Gewalttätigkeiten eine revolutionäre Art erblidet, langt es dann.

Zimmer wird beschuldigt, befahlte Truppen gegen die Kommunisten heranzöhl und Listen der Schließenden den Bergleuten ausgehändiglt zu haben. Diese Behauptungen brauchen wir gar nicht nachzuprüfen. Zimmer ist uns allen als ein aufrichtiger und ehrlicher Mensch bekannt und wird mit solcher geachtet. Wenn ihn die kommunistische und syndikalistische Presse verleumdet, so steht er noch mehr in unserer Achtung; würden diese Menschen ihn loben, so würden wir ihm zu einer Gewissenssorge raten. Wie stand es tatsächlich? Als die plötzlich erschienenen, phantastisch gekleideten und mit dem Sowjetstern geschmückten Subjekte das Oberkommando übernahmen und den Generalstreik proklamierten, wurden auch einige "Diktatur des Proletariats" (des Lumpengesindels) errichtet. Die bernhardtigen Arbeitnehmer, welche diesen Unzug nicht mitmachen wollten, wurden auf die schlimmste Art terrorisiert. Auf einem Schatz, wo der größte Teil der Belegschaft angefahren war, wurde der Betrieb stillgelegt und die Arbeiter aus der Grube geholt. Als die Ausfahrenden vom Schatz kamen mußten sie durch ein Kommunistenpolster. Spießruten lachten, sie wurden in Schindeln und angespielt. Untere Funktionäre wurden durch Wisschandlungen und Bedrohung mit Totschlag zum Streitwaffenstreich gezwungen. Wir wollen heute keine Namen nennen, können aber sehr viele Beweise erbringen für Bedrohungen schlimmster Art. Eine Anzahl unserer Funktionäre mussten flüchten und durften sich tagelang bei ihren Familien nicht sehen lassen. Der Fall Zimmer zeigt wie berechtigt die Furcht war, denn schließlich hat der tapferste Mensch nicht die Furcht, daß von einer mordwilligen Übermacht abgeschlagen zu lassen und seine Familie in Not und Elend zurückzulassen. Wenn jemand in solcher Lage Erfolg und Hilfe sucht, so ist das zu verstehen. Die Bedrohungen und Misshandlungen wandten sich an den Kontakt des Kreises, der jedoch erklären mußte, daß er machtlos ist, weil er zwar Polizeibeamten, die ihm am Verfolgung stehen nichts ausrichten können. Die sozialistische Besatzungsbühne hat besseres Treibentributig zu tun. Intensiv zu ihrem positiven Verhalten die kommunistische Propaganda für Errichtung einer rheinischen Republik beitrug, läßt sich nicht sagen. Das Verbrechen Zimmers besteht nun darin, daß er der übergrößen Zahl der Bergleute, die den Wadmann nicht mitmaßen, zur Selbsthilfe geraten hat. Deshalb wandte sich die ganze Masse der Kommunisten gegen ihn und das ist die Ursache des mitgliedlichen Widerstands. Wenn Zimmer nun nicht sterben will, so sind — noch einen Artikel in der kommunistischen "Freiheit" — neue Vorfälle zu befürchten.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Höher steht's nirgends!

Nachstehendes Rundschreiben wird vom Arbeitgeberverband der Kaliindustrie auch an die Betriebsleitungen unseres Verbandes gesandt: "In den letzten Tagen haben wir in verschiedenen Bezirken festgestellt, daß von unbekannter Seite unter den Kali-Betriebsleitungen die Lüge verbreitet wird, die zurzeit infolge der Weltwirtschaftskrisis und der außerordentlich ungünstigen Abfertigung auf einer Reihe von Werken erforderlich gewordene Einführung von Betriebsfunktionären, Betriebsaufsichtsräten durch Ernennungen, sowie in zweiter oder ganz Betriebsaufsichtsräten durch Anordnungen des Arbeitgeberverbandes der Kaliindustrie veranlaßt worden sind.

Wie diesen hiermit ausdrücklich fest, daß der Arbeitgeberverband derartige Anweisungen an seine Mitglieder nicht herausgegeben hat, sondern daß dieses Gerücht aus freier Erfindung besteht. Wir behalten uns vor, gegen die Verbreiter dieser unwahren Schaublättern einzutreten und unberechtigte Misstrauen zwischen Arbeitern und Betriebsaufsichtsräten zu erzeugen. In allen uns zur Kenntnis gelangenden Fällen wird sich verzögern.

Wir bitten Sie hiermit, auch Ihrerseits überall dort, wo Ihnen dieses Gerücht zu Ohren kommt, auf Grund Ihrer Kenntnis der tatsächlichen Gründe, welche zur Einführung der Betriebsfunktionären, Entscheidungen und Betriebsaufsichtsräten geführt haben und noch führen werden, aufzuklären zu wollen, den verbreiteten Lügengeschichten entgegenzuwirken und die Herren selbst auf die der Kali-Betriebe hinzuweisen. Arbeitgeberverband der Kaliindustrie, Gebiete."

In Bonn die Geduld der Organisationsvertreter der aus den Kaliwerken bestellten Arbeiter in den letzten Monaten von Seiten der Herren Betriebsleiter in bezug auf die noch immer schwedenden Lohnverhandlungen auf eine harte Profe gestellt worden, so beweist das vorliegende Schreiben des Arbeitgeberverbandes der Kaliindustrie, obwohl die Kali-Gesellschaft höchstens durch das eigene Verschulden des Kaliabolsatzes infolge einer falschen Preis- und Wirtschaftspolitik verdeckt wurde, daß diese Herren scheintbar jedes Mal in bezug auf die Behandlung der Arbeiterschaft und ihre Vertreter abhanden gekommen ist. Außerdem sich die Herren den Auslandsabsatz nach Amerika verkommen hatten, wurden die Folgen ihrer Tiefverarbeitung durch Arbeitserfordernisse, Betriebsaufsichtsräte und Betriebsaufsichtsräte in der Kaliindustrie. Weitere Einschränkungen und Verkürzungen in der Kaliindustrie. Nichts soll arbeiten, werden nicht einmal auch nur annehmbar eingesetzt.

Angesichts dieser verschreckten Situation in der Kaliindustrie war es im letzten halben Jahre nicht möglich, die Löhne der Kaliarbeiter mit den augenblicklichen Anforderungen an die Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Es ist die wenigen Arbeiter, die infolge der Wirtschaftskrisis nicht voll arbeiten, werden nicht einmal auch nur annehmbar eingesetzt.

Nochman man mit den Verleumdungen der Arbeitgebervertreter bei den Belegschaften zu klären gehabt hat verloren, man kann mit Dringlichkeit die Arbeiterschaft und ihre Vertreter abhanden gekommen ist. Außerdem sich die Herren den Auslandsabsatz nach Amerika verkommen hatten, wurden die Folgen ihrer Tiefverarbeitung durch Arbeitserfordernisse, Betriebsaufsichtsräte und Betriebsaufsichtsräte in der Kaliindustrie. Wenn irgendwo in der Stadt Bonn dieses Missbrauch — man hat keinem keinen reines Gewissen — zu beobachten dann sind es die Arbeitgeber in der Kaliindustrie. Ob sie hierzu den Willen haben, müssen die nächsten Tage zeigen. — Die Kaliarbeiter, welche dem Arbeitgeberverband auf dieses präziseren Schreiben seitens der Kaliindustrie unseres Verbandes zugegangen, mögen wir den Lesern nicht vorenthalten.

Auf die gestellten vom 19. d. R. Nr. 2545, gestoßen wir und folgende Widersprüche:

Nach dem eingetroffenen Verhältnis in der Kaliindustrie zwischen den Arbeitgeberverband und dem Arbeitgeberverband sind mit Wirkung nicht vorher in der Regel, den Arbeitgeberverband in bezug einer Reihe in Stock zu nehmen. Uns erlaubt es die Annahme, daß mit den Arbeitern an verhandelt hätten.

Wir müssen nicht vor solchen Arbeitern verhandeln; aber wenn unter den Kaliabolsatzern wirklich solche Arbeitern befinden, so können sie nicht in einer solchen Beziehung die Arbeitgeber in dieser Form vertreten zu können. Wenn Sie doch bitte die Erklärung ihres Arbeitgeberverbandes einholen möchten.

Überdies wird ja den Belegschaften von den Werkstätten bei jeder Gelegenheit gesagt, der Arbeitgeberverband habe das angeordnet, die Werke könnten somit nichts anderes tun.

Wir bedauern somit, Ihrem Wunsche nicht Rechnung tragen zu können.

Der Arbeiterschaft ist das ein erneuter Beweis, daß sie derartigen Herausforderungen nur durch eine starke Organisation begegnen kann.

„Aufklärend“, wie es so schön in dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes heißt, wird der Bergarbeiterverband bei seinen Mitgliedern dahin wirken, daß das privatkapitalistische System in der Kaliindustrie abgewirtschaftet hat und dringend eine Neuordnung bedarf.

L. Apel, Gelsenkirchen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Emil Drechsel †.

Im blühenden Alter von 28 Jahren wurde uns unser vorzüllicher Zugendhomann der Zahlstelle Zugau, der Kamerad Emil Drechsel, entrissen. Durch Grabrede der Ortsgruppe wurde er sehr fein und ehrlich verabschiedet. Seine Kameraden, die mitverschuldet worden waren, kamen mit minder schweren Verlebungen davon. Er starb gerade an dem Tage, wo ihm die Belegschaft wieder mit in den Betriebsrat wählte. Sein Tod reißt in die Arbeiterbewegung nicht nur Zugaus, sondern der Gesamtarbeiterbewegung, eine große Lücke, da Kamerad Drechsel zu den führenden Helden seiner Kollegen gehörte. Am ersten Osterfeiertage wurde er unter sehr großer Beteiligung dem führenden Sohne der Erde übergeben. Landtagsabgeordneter F. E. Chemnitz hielt eine ergreifende Trauerrede, in welcher Worte und Wollen des Kameraden belaudete. Wie rufen dem zur Ruhe gegangenen Kämpfer für seine Arbeiterschaft, insbesondere der Jugendbewegung geleisteten Dienste ein "Hab' Dank" und "Ruhe sonst" in seine stillen Gräben nach.

Ein Erfolg der kommunistischen Union.

Vor etwa vier Wochen schrieb der "Klossenkampf": "Die Mansfelder Arbeitnehmer sind erwartet, sie sind die Sturmtruppen der Kommunisten." Nun ist der Sturm vorüber, sein Ende jedoch anders, als die Mansfelder Angreifer es sich geträumt haben. Hunderte von Arbeitern sind tot, in unzählige Familien ist großes Elend hineingetragen worden. Die Unfähiger und sitzen sicher im Ausland; mit gefüllten Taschen sind die Charlatane gestohlen. Sie, die sich überzeugen in Gefechtsplätzen auf alte Arbeiterschäfte — sie, die leben, der ihre Dynamitkiste nicht mitnehmen wollen, einen Arbeitgebernamen nennen, haben die irregelmäßigen Arbeiterschäfte verdeckt.

Die Mansfelder Bergarbeiter sind erwacht. Am Sonntag, den 3. April, fand in Helsbra eine vor allen Mansfelder Werken stark besetzte Funktionärskonferenz statt. Hier wie in einer Bergarbeiterversammlung wurde folgende Entschließung einstimmig, ohne jeden Widerspruch, angenommen:

"Die am 3. April in Helsbra tagende Bergarbeiterfunktionärskonferenz beruft sich auf das schärfste die kommunistische Durchführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verdeckte Gesindel, das durch Staufen, Morden und Blenden das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weiß fernher jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei entschieden von sich, nachdem sie offen aufgetreten hat, die Funktionärskonferenz der S.P.D. und der U.S.P.D. und der Gewerkschaften erst totzusagen und somit zur gegenwärtigen Abschlachtung aufzuputzen hat. Sie erklärt ferner, in Zukunft nur den Anteilungen der freien Gewerkschaften und der Betriebsräte, welche die Sorgfalt und Verantwortung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverbands anerkennen, folge zu leisten."

Einen solchen Erfolg haben die Kommunisten nicht erwartet. Es ist nur zu hoffen, daß diese Ernüchterung so viele Opfer gefestigt hat. Mögen die deutschen Arbeiter gewarnt sein und auch weiterhin die notwendige Lehre aus den Vorgängen ziehen. W. H.

Berichtsbericht.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Zeitraum für die 17. Woche (vom 17. bis 23. April 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung! Generalversammlung!

Den Teilnehmern an der 23. Generalversammlung in Gießen wird das "Jahrbuch 1919" sofort, nachdem uns die Wahlresultate mitgeteilt sind, zugesandt. Das "Jahrbuch 1920" und die sonstigen Drucksachen kommen sofort nach erfolgter Fertigstellung zum Verstand.

Diesenigen Teilnehmern der Generalversammlung, die sich in Gießen selbst Logis besorgen, wollen uns dies bis zu Mai mitteilen.

Der Vorstand.